

Patrick Henry war mehr als ein Sklavenhalter

Vielen Dank an die Rhein-Neckar-Zeitung, dass sie das Thema Umbenennung des Patrick-Henry-Village noch einmal aufgegriffen hat.

Vor fünf Jahren hat der Verein „Bürger für Heidelberg“ mit seinem Konzept „You name it!“ zur Umbenennung der ehemaligen US-Areale und der Straßen auch eine Umbenennung des Patrick-Henry-Village vorgeschlagen. Darüber hat die RNZ berichtet.

Im aktuellen Artikel haben Professoren der Universität in ihren ablehnenden Stellungnahmen zur Umbenennung leider nur unvollständig die politische Bedeutung von Patrick Henry wiedergegeben und einen merkwürdigen Unterton in die Debatte eingebracht. Bei einer Umbenennung geht es gerade nicht darum „die Moral des 21. Jahrhunderts anzuwenden.“ Diese Aussage tut so, wie wenn es zur Zeit der amerikanischen Revolution einen Konsens über die Sklaverei gegeben hätte. Das genaue Gegenteil war der Fall. Die Geschichte der USA ist tief davon geprägt, dass es in jeder Epoche Ausbeuter im Namen eines erfundenen Rassismus und ihre vehementen Gegner gab. Die Nordstaaten wollten die Sklaverei in der Verfassung abgelehnt haben, und die Südstaaten die Sklaverei unter einem ausdrücklichen Schutz der Verfassung verankert sehen wollten. Das ergab eine politische Pattsituation, die bis zum Bürgerkrieg andauern sollte und letztlich militärisch aufgelöst wurde.

In der Neuzeit bildeten sich bei den Themenkomplexen Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit bis heute - grob gesagt - zwei Linien heraus, welche die Geschichte, die Politik und auch die Kultur des Westens bis in die Gegenwart durchziehen. Die eine Linie ist antisemitisch, rassistisch und frauenfeindlich und stellt sich gegen die europäische und jeweils nationale Aufklärung und ihre Manifestation als demokratischen Rechtsstaat (Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich; rule of law). Die andere Linie steht für die Prinzipien der Aufklärung und nimmt die menschliche Würde politisch und

rechtlich ernst, in dem für den demokratischen Rechtsstaat und gegen Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung gekämpft wird.

In den Benennungen von Straßen und Stadtteilen drückt sich aus, wer zu der Zeit der Benennung politisch oder kulturell die Oberhand hatte. Es ist deshalb nicht ein Konsens, sondern die damalige Mehrheit, die Straßen nach Antisemiten, Rassisten oder Frauenfeinde benannte und die Personen, die für die Aufklärung, Demokratie und dem Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz waren, eben nicht mit Straßennamen ehrte und zum Vorbild machte. Das ist bei einigen Heidelberger Straßennamen ein Thema.

Konkret bei PHV ist zu berücksichtigen, dass in den letzten Wochen in den USA die Benennung von Militärbasen nach Sklavenhaltern und Bürgerkriegsgenerälen der Südstaaten ein ernsthaftes politisches Thema geworden ist. Das Pentagon hat dem Congress eine Liste von gewünschten Umbenennungen vorgelegt und im derzeitigen Entwurf für den Verteidigungshaushalt sind von den Demokraten und Republikanern die Mittel dafür vorgesehen. Nur Trump ist dagegen und droht mit einem Veto. Er will die Namen von Rassisten beibehalten und macht das sogar zu seinem „Wahlkampfschlager“.

Vor diesem aktuellen Hintergrund erscheint es politisch merkwürdig, der Abschaffung des Namens Patrick-Henry-Village zu widersprechen. Das PHV wurde Anfang der Fünfzigerjahre gebaut und benannt, damals existierte in den Schulen des Südens eine offizielle Politik der Rassentrennung. 1954 als der Bau von PHV noch im vollen Gange war, hat das Supreme Court die Rassentrennung in den Schulen als verfassungswidrig aufgehoben (Brown vs. Board). Das PHV würde heute mit Sicherheit nicht nach Patrick Henry benannt werden. Es wird seit einigen Jahren in den USA gefordert, Schulen, die nach ihm benannt wurden, umzubenennen. Da sollte die Heidelberger Kommunalpolitik nicht für das Falsche nostalgisch sein.

Patrick Henry war nicht einfach ein Sklavenhalter, wie nicht wenige Revolutionshelden (z.B. George Washington und Thomas Jefferson). Das, was ihn politisch auszeichnet, neben seiner herausragenden Rolle als Revolutionsagitator („Give me Liberty or give me Death“), war, dass Patrick Henry als Abgeordneter und ehemaliger Gouverneur im Parlament von Virginia vehement versuchte, die Ratifizierung der US-Verfassung durch seinen Bundestaat zu verhindern, weil die Sklaverei nicht ausdrücklich in der Verfassung geschützt wurde. Er erklärte offen, dass die Verfassung es zuließe, dass die Nordstaa-

ten die Sklaverei abschafften, sobald sie sich durchsetzen könnten. Das ist auch so geschehen, als Lincoln nach der entscheidenden Schlacht von Gettysburg Lincoln die Emanzipationserklärung verkündete. Auf PHV ist eine Straße nach dieser Schlacht benannt. Und noch vor Ende des Bürgerkriegs wurde die Befreiung der Schwarzen durch einen Verfassungszusatz abgesichert (siehe hierzu den spannenden Film „Lincoln“ von 2012). Patrick Henry wollte unbedingt, dass die Gesellschaft für alle Zukunft durch einen erfundenen Rassismus und durch die Sklaverei geprägt werde. Er stand für eine Politik der dauerhaften und schweren Verletzung der Menschenwürde. Warum soll er ein Vorbild sein? Dafür gab es weder 1788 im Jahr der Ratifizierung der Verfassung, noch heute eine Rechtfertigung.

Es wäre aber grundfalsch, die amerikanische Revolution als einen Aufstand von Sklavenhaltern, wie Patrick Henry, gegen den englischen Kolonialismus zu verstehen. Die britischen Nord-Kolonien, die mit der Revolution angefangen hatten (sog. Boston Tea Party, Kämpfe von Lexington), waren gegen die Sklaverei. Aber militärisch waren sie auf die Süd-Kolonien angewiesen. Es gibt unter den US-Historikern den Konsens, dass die Revolution von den englischen Kolonialherren niedergeschlagen worden wäre, wenn es nur um die relativ kleine Fläche der Nord-Kolonien gegangen wäre.

Von Anfang an mussten die Nord-Kolonien sowohl bei der Unabhängigkeitserklärung, als auch später bei der Verfassung und bei der „Bill of Rights“, eine Art Erklärung der Menschenrechte, die später der Verfassung beigefügt wurde, die Sklaverei tolerieren, weil sonst der Süden ausgestiegen wäre. Im ersten Entwurf der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 wurde der Sklavenhandel als ein „cruel war against human nature itself“ bezeichnet (Thomas Jefferson war Autor des Entwurfs.). Dieser Passus musste aber vor der Abstimmung gestrichen werden, da ansonsten die Süd-Kolonien nicht dem Revolutions-Bündnis beigetreten wären. Auf den Satz in der Verfassung zur Gleichheit aller Menschen konnte man sich allerdings einigen und es war dieser Satz den Lincoln zum Grundsatz seiner politischen Philosophie erklärte: „We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.“ Die Schlüsselworte sind: „dass jeder Mensch gleich geschaffen wurde“.

Die Bürger für Heidelberg haben gleichzeitig mit dem Vorschlag, PHV umzubenennen, angeregt, den Namen „Campbell“ weiterhin für das ehemalige Headquarter und den

Namen für das angrenzende Wohnviertel in der Südstadt weiterhin als „Mark-Twain-Village“ zu belassen. Damit wird die Verbundenheit mit der US-Army als Befreiungsarmee besonders hervorgehoben und daran erinnert, dass die Soldaten der Army und ihre Familien in Heidelberg jahrzehntelang hier arbeiteten und wohnten und willkommen waren. Die US-Army Europe hat die Wehrmachtskaserne zu ihrem Sitz umfunktioniert und ihr 1948 den Namen des US-Soldaten gegeben, der noch am 23. März, - kurz vor der Befreiung Heidelbergs - durch eine deutsche Kugel umkam, Unteroffizier Charles Campbell. Mit Mark-Twain-Village wird vor allem am wichtigsten Buch des Schriftstellers, „Die Abendteuer des Huckleberry Finn“, erinnert. Es ist die Geschichte eines weißen Jungen, der rassistisch geprägt aufwuchs, aber eine tiefe Freundschaft zu einem geflohenen Sklaven entwickelt. Das Buch wirkt der Entmenschlichung durch die Sklaverei entgegen, die es leider bis heute notwendig macht, zu betonen, das „Black Lives Matter“.

Letztere sind die passenden Namen für Heidelberg, die wir mit Bedacht weiterführen möchten. PHV sollte nach unseren Vorstellungen „Neue Gartenstadt“ genannt werden. Dabei verweisen wir auf Seite 10 des Masterplans PHV, mit einer schönen Begründung dafür, warum das ehemalige PHV auf dem Konzept der alten Gartenstadt basiert. Und nun liegt es an der Stadtgesellschaft und der Kommunalpolitik darauf zu achten, dass sie eine moderne Gartenstadt wird. Dazu demnächst mehr von den Bürgern für Heidelberg.

Der Vorstand

Abraham de Wolf, Johannah Illgner, Andreas Gottschalk,